

FDP-Fraktion Rietberg · Berglageweg 9 · 33397 Rietberg

Bündnis 90/Die Grünen
Ortsverband Rietberg
Hans-Dieter Vormittag
Fischhausweg 20
33397 Rietberg

Stellungnahme der FDP-Fraktion im Rat der Stadt Rietberg zur Initiative „Seebrücke schafft sichere Häfen“

Rietberg, 3. Juni 2021

Ralph Böwingloh
Stellv. Fraktionsvorsitzender

FDP-Fraktion Rietberg
Berglageweg 9
33397 Rietberg

E-Mail: ralph-boewingloh@t-online.de

www.fdp-rietberg.de

Sehr geehrter Herr Vormittag, liebe Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen,

die Fraktion der FDP kann Ihrem Anliegen, den Beitritt der Stadt Rietberg zur „Initiative Seebrücke“ und dem daraus folgenden Anspruch das Rietberg „Sicherer Hafen“ für Geflüchtete und zugleich solidarische Stadt für alle Menschen wird nicht zustimmen.

Ihre Intention ist aus christlichen wie auch ethischen Gründen sicherlich aller Ehren wert, wir sehen allerdings nicht wie solch ein Anliegen in einer kleinen Stadt wie Rietberg praktisch umzusetzen ist. Wie viele Menschen möchten wir denn zusätzlich zu den uns vom Land zugewiesenen Menschen aufnehmen? Haben wir nicht bereits Schwierigkeiten Geflüchtete mit einem Bleibestatus und anerkannte Asylbewerber, welche sich noch in städtischen Notunterkünften befinden, auf den privaten Wohnungsmarkt zu vermitteln? Haben wir nicht, und zwar ganz unabhängig von der Pandemielage, gegenwärtig nicht noch genug damit zu tun, die Menschen, die in den vergangenen 5 Jahren zu uns gekommen sind, erfolgreich in unsere Gesellschaft zu integrieren?

Wir haben uns als Fraktion ausführlich mit Ihrem Anliegen der „Seebrücke“ beizutreten befasst, was ich da zum Thema „Seebrücke“ recherchiert habe, hat auch dazu geführt dieser Initiative nicht kritiklos gegenüberzustehen. So wird das Bündnis im Bericht des Hamburger Landesamtes für Verfassungsschutz als eine „linksextremistisch beeinflusste Gruppierung“ erwähnt. Hamburgs Innensenator Grote (SPD) unterstellt der Initiative „Seebrücke“ antidemokratische Ziele. Ich könnte noch weiter so fortfahren, ich gehe aber davon aus, dass auch Sie sich näher mit dem Hintergrund dieser „Organisation, Initiative oder Bündnis“ auseinandergesetzt haben.

Wir von der FDP sind der Auffassung, die positive Aufnahmebereitschaft unserer Bürgerschaft und das ehrenamtliche Engagement in der Flüchtlingshilfe nicht überzustrapazieren und ggf. ins Gegenteilige zu verkehren.

Die Ursachen von Flucht und Vertreibung müssen bekämpft werden, zuallererst an den Orten wo sie entstehen. Eine vernünftige und verhältnismäßige Verteilung von Geflüchteten in Europa muss geschaffen werden. Dafür brauchen wir Verbündete

in Europa und keinen deutschen Sonderweg. Eine langfristige europäische Lösung muss angestrebt werden.

Der Integrationsminister von NRW, Dr. Stamp nimmt folgende Stellung dazu: Wer Bootsflüchtlinge oder Flüchtlinge im Lager Moria bevorzugt aufnimmt, provoziert, dass sich noch mehr Menschen in Hoffnung auf ein besseres Leben auf die Lotterie um Leben und Tod im Mittelmeer oder anderswo einlassen. Wir bekennen uns klar und unmissverständlich zu unserer humanitären Verantwortung bei der Aufnahme von Flüchtlingen. Es muss aber klar sein, dass es in den Asylverfahren keine Privilegien einzelner Gruppen geben kann.

Für Einwanderung ist der Bund zuständig, nicht jedes Bundesland, nicht jede Kommune kann eine eigene Flüchtlingspolitik betreiben.

Mit freundlichen Grüßen

im Namen der FDP-Fraktion im Rat der Stadt Rietberg

Ralph Böwingloh
Stellv. Fraktionsvorsitzender